

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 16.07.2019

Öffentliche Sitzung, TOP 3

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14074

Neuregelung des Vergabeverfahrens für städtische Gewerbeflächen im Rahmen der Gewerbeförderung und der gewerblichen Bindungen

Änderungsantrag

Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

1. (geändert, neu)	Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft stimmt dem im Vortrag dargestellten aktualisierten Auswahlverfahren für die Vergabe von Gewerbeflächen im Rahmen der Gewerbeförderung zu.		
	Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft stimmt folgendem Auswahlverfahren für die Vergabe von Gewerbeflächen im Rahmen der Gewerbeförderung zu:		
	1. Arbeitsmarkt	45 Punkte	
	Arbeitsplätze in Relation zur Fläche	25 Punkte	
	Ausbildungsplätze	5 Punkte	
	Werkwohnungen	10 Punkte	
	Tarif	5 Punkte	
	2. Wirtschaftskraft	30 Punkte	
	Gewerbesteuerleistung	25 Punkte	
	Umsatzentwicklung	0 Punkte	
	Regionale Verflechtung	5 Punkte	
	3. Umweltschutz	25 Punkte	
	Das Kriterium „Tarifgebunden / Anwendung Tarif / Bezahlung über Tarif“ wird neu eingeführt.		
	Für das Beurteilungskriterium „Umweltschutz“ wird das Referat für Arbeit und Wirtschaft gebeten, ein neues Konzept vorzulegen.		

2. (ergänzt)	Die Aufnahme einer vertraglichen Regelung in einen Kauf- oder Erbbaurechtsvertrag über ein Gewerbegrundstück, die eine Übertragung von Anteilen an der grundstücksbesitzenden oder erbbauberechtigten Gesellschaft an einen Dritten dann ausschließt, wenn mit der gewählten Beteiligungsquote Grunderwerbssteuer vermieden wird (sog. Share Deal), wird abgelehnt. Dafür wird ein Genehmigungsvorbehalt für den Verkauf in den Vertrag über die gesamte Zeit des Erbbaurechtsvertrags aufgenommen.
3.	Wie im Antrag des Referenten.
4. (neu)	Mit diesem Beschluss werden keine Regelungen zu Ausnahmen zum Erbbaurecht getroffen. Dies wird abschließend in der gemeinsamen Vorlage des Referates für Arbeit und Wirtschaft und des Kommunalreferats „Grundsatzbeschluss zur künftigen Vergabe von Gewerbeflächen und Kerngebieten (MK) im Erbbaurecht, 14-20 / V 14315“ getroffen.
5. bis 7. (ehemals 4. bis 6.)	Wie im Antrag des Referenten.

gez.

Simone Burger

Stadträtin der SPD-Fraktion